

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter **Oktober 2020**

Liebe Leserinnen und Leser!

Ehrenamtliche Flüchtlings-solidaritätsarbeit ist angesichts des teilweise sehr negativen gesellschaftlichen Klimas und der durch die Gesetzesverschärfungen im Asylrecht immer schwieriger werdenden Bedingungen für Flüchtlinge enorm wichtig. Ehrenamtlerinnen treten insbesondere auf kommunaler Ebene für Verbesserungen der Situation von Flüchtlingen ein, aber auch auf der Landesebene ist ihre Arbeit von existentieller Bedeutung und der Grundstein für die Teilhabe schutzsuchender Menschen in NRW. Initiativen und Einzelpersonen unterstützen Flüchtlinge während der Wohnungssuche, bei der Beschaffung von Praktikums- und Arbeitsplätzen und der medizinischen Versorgung. Um dieses ehrenamtliche Engagement von Initiativen und Einzelpersonen in NRW zu ehren und diese in ihrer Arbeit zu stärken, vergibt der Flüchtlingsrat NRW mittlerweile schon zum dritten Mal seinen Ehrenamtspreis. Die Verleihung des Ehrenamtspreises 2020 wird am 21.11.2020 voraussichtlich in der Zeche Carl in Essen (Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, 45326 Essen) stattfinden. Seit dem 02.10.2020 stellen wir die für den Ehrenamtspreis 2020 nominierten Initiativen und Einzelbewerberinnen auf [Facebook](#) vor.

In diesem Newsletter berichten wir kurz über die Ergebnisse der Kommunalwahl 2020 in NRW und über Abschiebungen von Bootsflüchtlings aus England nach Deutschland.

Außerdem informieren wir über die aktuelle Situation nach dem Großbrand in Moria und den „Migrations-Pakt“ der EU-Kommission. In einem weiteren Beitrag dokumentieren wir die Pressemitteilungen des Flüchtlingsrates NRW und von PRO ASYL anlässlich des bundesweiten Tages des Flüchtlings.

Wenn Ihr einen Artikel in diesem Newsletter kommentieren, kritisieren oder loben wollt, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse initiativen@fnrw.de. Unter www.fnrw.de könnt Ihr Euch für den Newsletter an- oder abmelden.



FlüchtlingsRAT
NRWe.V.

Weil gute Ideen und langfristiges Engagement in der Flüchtlingsarbeit gebraucht werden:

Ehrenamtspreis 2020
des Flüchtlingsrates NRW e.V.

Würdigung der beachtlichen Leistungen von in der Flüchtlingsarbeit engagierten Initiativen und Einzelpersonen.

Als Flüchtlingsrat NRW wollen wir diejenigen ehren, die sich allen rechtlichen, gesellschaftlichen und praktischen Widrigkeiten zum Trotz stetig für Flüchtlinge einsetzen. Wir wollen die vorhandenen Strukturen stabilisieren und gute Ideen fördern und verleihen daher in diesem Jahr zum dritten Mal unseren Ehrenamtspreis.

Termin der Preisverleihung:
Save the date! Am 21. November ab 15 Uhr voraussichtlich in der Zeche Carl in Essen

Ergebnisse der Kommunalwahl 2020

Am 13.09.2020 fanden Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen statt. 14.235.746 Wahlberechtigte waren aufgerufen, ihre politischen Vertretungen in den Städten, Gemeinden und Kreisen sowie die Bürgermeisterinnen und Landrätinnen zu wählen. Die Wahlbeteiligung lag bei 51,9 % und damit um 1,9 % höher als bei der letzten NRW-Kommunalwahl 2014. Am 27.09.2020 kam es außerdem in 128 Kommunen zu einer Stichwahl um die Ämter der Bürgermeisterinnen und Landrätinnen.

Der WDR berichtete am 29.09.2020, dass sich die politischen Kräfteverhältnisse in NRW verschoben hätten. Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) habe ausgewertet, dass die Zahl der SPD-Mandate in Stadträten und Kreistagen landesweit um 900 auf 4.157 gesunken sei. Die SPD habe auch neun Bürgermeisterinnen- und Landrätinnenposten verloren und stelle nun in Nordrhein-Westfalen 13 Oberbürgermeisterinnen, 82 Bürgermeisterinnen und sechs Landrätinnen. Die Grünen hätten hingegen kräftig zugelegt. Laut Landespartei hätten sie ihre Sitze in Stadträten und Kreistagen von rund 2.000 auf etwa 3.500 steigern können. In Wuppertal, Aachen und Bonn gewannen sie die Oberbürgermeisterinnen-Wahlen. In kleineren Städten und Gemeinden in NRW gebe es nun im Vergleich zu 2014 neun grüne Bürgermeisterinnen mehr. Bei der CDU seien leichte Verluste zu verzeichnen. Nach Angaben der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) und der Landes-CDU habe man 276 Mandate in Kommunalparlamenten verloren und komme landesweit auf 6.600 Mandate. Die CDU stelle 187 Bürgermeisterinnen und acht Oberbürgermeisterinnen. Die Zahl der CDU-Landrätinnen sei von 22 auf 24 gestiegen.

Landeswahlleiter NRW: Wahlergebnisse in NRW. Kommunalwahl 2020

WDR: Wahlen in Zahlen: SPD verliert 900 Sitze - Grüne gewinnen 1500 hinzu (29.09.2020)

Abschiebungen von Bootsflüchtlingen aus England nach Deutschland

Im September 2020 berichteten britische Medien, dass die britische Regierung plane und bereits begonnen habe, in den kommenden Wochen und Monaten mindestens 1.000 Flüchtlinge, die mit Schlauchbooten über den Ärmelkanal nach England geflüchtet waren, auf Grundlage der Dublin-III-Verordnung abzuschicken. Zielländer seien Frankreich, Deutschland und Spanien. Sky News berichtete am 07.09.2020, dass die sogenannten Channel Crossings – Bootspassagen von der nordfranzösischen Küste bei Calais und Dünkirchen über den Ärmelkanal – seit Herbst 2019 beständig zugenommen hätten. Laut BBC vom 17.09.2020 seien seit Jahresbeginn über 6.500 Flüchtlinge über den Ärmelkanal nach England geflohen. In der ersten Septemberhälfte 2020 seien es 1.487 Personen gewesen. Dies seien mehr Menschen als im gesamten August.

Laut einem Bericht der britischen Journalisteninitiative „Corporate Watch“ vom 29.08.2020 haben die ersten Charterflüge im Rahmen der Sammelabschiebungen am 12. und 26.08.2020 nach Deutschland und Frankreich stattgefunden. Betroffene hätten ausgesagt, dass den Abschiebungen Proteste, Selbstverletzungen und in einzelnen Fällen Suizidversuche vorausgegangen seien. Die beiden Abschiebungsflüge hätten auf rechtlich fragwürdiger Grundlage stattgefunden, u. a., weil ein ausreichender Zugang zu rechtlichen Verfahren im Vorfeld nicht gewährt worden sei. Auffallend sei die bei

der Durchführung ausgeübte Brutalität gewesen. Am 12.08.2020 hätten Rechtsanwälte die Abschiebung einiger Personen nach Deutschland in letzter Minute stoppen können, ein weiterer Flug nach Spanien sei nach anwaltlicher Intervention abgesagt worden.

The Evening Standard: Priti Patel 'plans removing Channel migrants from UK with weekly flights to mainland Europe (20.9.2020)

Sky News: How many people are crossing the Channel compared with previous years and which countries are they from? (07.09.2020)

BBC: September is record month for migrant Channel crossings (17.9.2020)

Corporate Watch: Cast away: the UK's rushed charter flights to deport Channel crossers (29.8.2020)

Tag des Flüchtlings: Aufnahme und Aufenthalt statt Abwehr!

Anlässlich des diesjährigen Tages des Flüchtlings am 02.10.2020 hat der Flüchtlingsrat NRW mit Pressemitteilung vom 01.10.2020 Flüchtlingsschutz und umfängliche Teilhabe gefordert. Dieser findet seit 1986 in Deutschland im Rahmen der Interkulturellen Woche Ende September oder Anfang Oktober statt. Er wurde von der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Griechisch-Orthodoxen Metropolie sowie dem DGB und der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL ins Leben gerufen, um die Solidarität mit Flüchtlingen zum Ausdruck zu bringen.

Befürchtungen hätten sich bestätigt, dass 15 Monate nach Verabschiedung der umfassenden Gesetzesverschärfungen im Rahmen des Migrationspakets Teilhabemöglichkeiten von Flüchtlingen weiter eingeschränkt worden seien. Die Auswirkungen zeigten sich deutlich am Arbeitsmarktzugang von Flüchtlingen. Wartefristen, die erweiterten Arbeitsverbote für Schutzsuchende aus sogenannten sicheren Herkunftsländern und die inzwischen weit verbreitete Erteilung der mit einem Arbeitsverbot verbundenen „Duldung light“ verwehrten immer mehr Schutzsuchenden die Aufnahme einer Beschäftigung. Damit verringerten sich zugleich die Chancen, perspektivisch über eine Beschäftigung den Aufenthalt zu sichern, da für die meisten Aufenthaltstitel die Sicherung des Lebensunterhalts vorausgesetzt werde. Ein „Spurwechsel“ sei „ohnehin nicht gewünscht“. Das zeige sich an der Ausgestaltung der neu geschaffenen Beschäftigungsduldung. Aufgrund der hohen Erteilungsvoraussetzungen sei diese mit Stand 30.06.2020 bundesweit nur 431 Personen erteilt worden – davon 81 in NRW. Der Flüchtlingsrat NRW kritisierte weiterhin, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung seit Jahren sowohl in absoluten wie in relativen Zahlen Spitzenreiter unter den Bundesländern bei Abschiebungen sei. Selbst mitten in der Corona-Pandemie habe die Landesregierung Abschiebungen vollzogen. Mittlerweile sei sie wieder fast zum „Regelbetrieb“ übergegangen, ungeachtet der verheerenden gesundheitlichen Versorgungssituation in vielen Herkunftsländern. „Die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz endet nicht an den Grenzen NRWs“, erklärte Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrates NRW. Deshalb dürften Menschen nicht in gefährliche Gebiete und unwürdige Lebensbedingungen abgeschoben werden. Ebenso gelte es, Schutzsuchende aus elenden Verhältnissen, wie u. a. in den griechischen Flüchtlingslagern, zu befreien und hier aufzunehmen, so Naujoks.

Auch PRO ASYL zog anlässlich des Tages des Flüchtlings Bilanz. Die Asylzahlen aus der Halbjahresstatistik 2020 des BAMF belegten, dass trotz weltweit steigender Flüchtlingszahlen in Deutschland immer weniger Menschen Schutz suchen. Im ersten Halbjahr 2020 sei die Zahl der Asylsuchenden erneut deutlich zurückgegangen. 47.300 Asylerstanträge seien bis Mitte des Jahres 2020 registriert worden. Das seien im Vergleich zum Vorjahreszeitraum über 35 % weniger Anträge. Mehr als ein Viertel dieser Anträge sei für hier geborene Kinder gestellt worden, was bedeute, dass der reale Zugang neuer Asylsuchender im ersten Halbjahr bei nur rund 35.000 Personen gelegen habe.

PRO ASYL erneuerte die Forderung nach Aufnahme aller Schutzsuchenden von den griechischen Inseln, vor allem in Deutschland. Es sei beschämend und inakzeptabel, dass Europa die Grenzen immer dichter mache und selbst minimale humanitäre Spielräume versperre. Zahlreiche Kommunen und Bundesländer hätten ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert, würden jedoch von der Bundesregierung, vor allem von Bundesinnenminister Horst Seehofer, ausgebremst.

FR NRW: Tag des Flüchtlings. Aufnahme und Aufenthalt statt Abwehr! Flüchtlingsrat NRW fordert Flüchtlingsschutz und umfängliche Teilhabe (01.10.2020)

PRO ASYL: Kaum Zugänge nach Deutschland, Tausende unrechtmäßige Ablehnungen. Bilanz zum Tag des Flüchtlings am 2. Oktober 2020 (01.10.2020)

Großbrand im Flüchtlingslager Moria

Ein Großbrand im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos in der Nacht vom 08. auf den 09.09.2020 hat die ohnehin schon untragbare Situation in dem griechischen Elendslager noch einmal verschärft. Um die 12.500 Personen, darunter mehr als 4.000 Kinder, sollen einem PRO ASYL-Bericht vom 09.09.2020 zufolge nach den Bränden ohne Obdach und auf sich allein gestellt gewesen sein. PRO ASYL hatte in einer Pressemitteilung vom 09.09.2020 die sofortige Aufnahme der obdachlosen Schutzsuchenden durch Deutschland und andere EU-Staaten gefordert. Viele weitere zivile Organisationen, aber auch deutsche Bundesländer und Kommunen, schlossen sich dieser Forderung an.

Laut Süddeutscher Zeitung vom 14.09.2020 erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der vielen Forderungen einer Flüchtlingsaufnahme aus Griechenland, dass Deutschland einen substanziellen Beitrag leisten könne. Dieser müsse aber in ein Gesamtkonzept eingebettet sein. Sie habe dabei auf die angestrebte EU-Asylreform verwiesen. Des Weiteren habe Angela Merkel den Bau eines neuen Aufnahmezentrums auf der griechischen Insel Lesbos begrüßt und angemahnt, dass dort jedoch anders als in Moria internationale Standards gelten müssten. Währenddessen wurde laut Zeit Online vom 26.09.2020 auf einem ehemaligen Schießplatz auf Lesbos das Übergangszeltlager Kara Tepe errichtet, das ungefähr 12.000 Menschen aufnehmen solle, für so viele Menschen jedoch „kaum“ geeignet sei. Bewohnerinnen und Hilfsorganisationen berichteten, dass die Zelte überbelegt seien und nicht genügend Schutz vor Kälte böten. Es gebe zu wenig Nahrungsmittel und Wasser. Die hygienischen Bedingungen seien mangelhaft. Bei Twitter lösten Videos von Soldaten, die vermutlich nach Blindgängern auf dem ehemaligen Schießplatz suchten, Empörung aus.



Foto: PRO ASYL

Der Flüchtlingsrat NRW hatte bereits vor dem Brand in einer Stellungnahme in der Neuen Westfälischen Zeitung vom 04.09.2020 die Auflösung der griechischen Elendslager gefordert. Die nordrhein-westfälische Landesregierung zeige nicht ausreichend Engagement, um den dort ausharrenden schutzbedürftigen Menschen zu helfen, und lasse „Gelegenheiten zur humanitären Hilfe verstreichen“. Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrates NRW, kritisierte, dass die Landesregierung längst ein eigenes Aufnahmeprogramm hätte aufsetzen können, sollte es ihr mit der Hilfsbereitschaft tatsächlich ernst sein. NRW-Flüchtlingsminister Dr. Joachim Stamp berief sich der Neuen Westfälischen Zeitung zufolge bereits damals auf die mangelnde Bereitschaft des Bundes; diese sei ursächlich für das bisher geringe Engagement Deutschlands in Moria und anderen griechischen Camps.

In Deutschland gab es in den letzten Wochen viele Proteste. Laut Tagesschau vom 20.09.2020 gingen am gleichen Tag einige Tausende z. B. in Berlin, München und Köln, unter dem Motto „Es reicht! Wir haben Platz!“ auf die Straße, um gegen die europäische Flüchtlingspolitik und für die Aufnahme aus Griechenland zu demonstrieren.

Am 30.09.2020 berichtete der WDR, dass ein Flugzeug mit 51 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus dem abgebrannten Flüchtlingslager Moria in Hannover gelandet sei. In NRW würden nach Angaben des NRW-Flüchtlingsministeriums elf von ihnen untergebracht. Des Weiteren seien kranke Kinder sowie deren Eltern und Geschwister, deren Aufnahme auf einem früheren Beschluss der Bundesregierung beruhe, in Hannover angekommen, von denen laut nordrhein-westfälischer Landesregierung 20 nach NRW verteilt würden. Alle Angekommenen müssten noch ein Asylverfahren durchlaufen. Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) erklärte in einer Pressemitteilung vom 16.09.2020, dass in Deutschland Jugendhilfeplätze für rund 4.000 unbegleitete Minderjährige aus Griechenland verfügbar seien. Deutschland könne deutlich mehr von den derzeit etwa 4.558 unbegleiteten Minderjährigen in Griechenland aufnehmen als bislang geplant. Allein seit

April hätten deutschlandweit 3.742 geflüchtete junge Menschen die Jugendhilfe verlassen, so dass ausreichend freie Plätze in Wohngruppen und Pflegefamilien vorhanden seien.

PRO ASYL: Katastrophe von Moria: Soforthilfe und Evakuierung jetzt! (09.09.2020)

PRO ASYL: Katastrophe von Moria: Folge der menschenverachtenden europäischen Politik (09.09.2020)

Süddeutsche Zeitung: Merkel: „Es hat überhaupt keinen Sinn, jetzt nur über eine Zahl zu sprechen“ (14.09.2020)

Zeit Online: Flüchtlingscamp Kara Tepe. Zu wenig Wasser und Essen, dafür Blindgänger (26.10.2020)

Tagesschau: Aufnahme von Flüchtlingen Demonstranten fordern humane Asylpolitik (20.09.2020)

Neue Westfälische Zeitung (Presseportal): NRW-Flüchtlingsrat fordert Auflösung griechischer „Elendslager“ (04.09.2020)

WDR: Erste Flüchtlingskinder aus Moria in NRW (30.09.2020)

BumF: Wir haben mehr Platz: Jugendhilfeplätze für ca. 4000 Minderjährige aus Griechenland verfügbar (16.09.2020)

„Migrations-Pakt“ der EU-Kommission

Wie die Deutsche Welle am 23.09.2020 berichtete, will die EU-Kommission mit einem neuen Übereinkommen über eine gemeinsame europäische Asylpolitik die bisherige Dublin-Verordnung ersetzen. Nicht mehr die Erstankunft in einem EU-Land solle darüber entscheiden, wo ein Asylverfahren stattfindet. Die EU-Kommission schlage vor, dass Mitgliedstaaten wählen dürften, ob sie Asylsuchende aufnehmen oder bei der Abschiebung von abgelehnten Asylsuchenden helfen. Asylsuchende, die in Griechenland einen negativen Bescheid erhielten, könnten dann durch bspw. von Ungarn bezahlte und organisierte Kräfte abgeschoben werden. Auch für die „Wiedereingliederung“ der so abgeschobenen Menschen, z. B. in Afghanistan, wäre dann Ungarn zuständig. Die EU-Kommission bezeichne dieses Vorgehen als „Rückführungs-Patenschaften“.

Die Deutsche Welle fasste weitere Einzelheiten des EU-Pakts zusammen: An den EU-Außengrenzen sollten Flüchtlinge innerhalb von fünf Tagen erfasst, gesundheitlich untersucht und auf Sicherheitsrisiken geprüft werden. Innerhalb dieser Frist solle dann bestimmt werden, ob ein Asylantrag Aussicht auf Erfolg habe. Menschen aus Herkunftsstaaten mit einer Anerkennungsquote unter 20 Prozent sollten in ein Schnellverfahren geschickt werden. Innerhalb von zwölf Wochen solle dann über die Asylanträge an der Außengrenze entschieden werden. Asylsuchende mit Familienangehörigen z. B. in Deutschland, Frankreich, Italien oder Spanien sollten zum Asylverfahren dorthin verteilt werden. Aufnehmende Länder sollten sich Asylsuchende nach gewünschter Nationalität aussuchen dürfen. Falls Asylsuchende keine Verwandten oder andere besondere Verbindungen zu einem EU-Staat hätten, blieben sie im Land der ersten Einreise, das dann für das Asylverfahren zuständig sei. Angaben

von Kommissarin Johansson zufolge solle es keine großen Lager, wie z. B. Moria auf Lesbos, mehr geben.

Außerdem plane die EU-Kommission laut dem EU-Kommissar für „europäischen Lebensstil“, Margaritis Schinas, in Bezug auf Abschiebungen die Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern zu verstärken. Die EU habe zurzeit Rückführungsabkommen mit 24 Herkunftsstaaten, die laut Johansson nicht alle funktionierten. Wenn es Mitgliedsländern, die als „Rückführungs-Pate“ fungierten, innerhalb von acht Monaten nicht gelinge, abgelehnte Asylsuchende in ihre Herkunftsländer abzuschieben, seien sie verpflichtet, diese Personen im eigenen Land aufzunehmen. Die sogenannte „sekundäre Migration“, also die Weiterreise vom Erstankunftsland in einen anderen EU-Staat, solle unterbunden werden. Dies müsse mit mehr Kontrollen, einer besseren Sicherung der Außengrenzen und schneller Rückführung sichergestellt werden, so Johansson. Um diese Vorschläge umzusetzen, müsse das Europäische Parlament in Brüssel zustimmen.



In einem Kommentar vom 23.09.2020 im Spiegel kritisierte Maximilian Popp, dass die Hoffnung, es werde nach dem Großbrand im Lager Moria auf Lesbos ein Umdenken in Europa geben und die EU-Staaten würden „doch noch zu einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik“ finden, nun ein weiteres Mal enttäuscht worden sei. Allein der Begriff „flexible Solidarität“, der in Bezug auf den EU-Pakt in Brüssel falle, sei ein Hohn. „Solidarität, die flexibel ist, ist keine“, so Popp. Die Genfer Flüchtlingskonvention existiere fast nur noch auf dem Papier. Statt des Asylrechts gelte an Europas Außengrenzen Unrecht.

Pro Asyl wertete in einer Pressemitteilung vom 23.09.2020 den Vorschlag als neuerlichen Versuch, die Rechtslage von Flüchtlingen in der aktuell nach wie vor chaotischen Situation an den Außengrenzen noch weiter zu verschlechtern. Während der Zeit des im Pakt vorgesehenen Screening-Verfahrens (primär zur Sortierung nach Herkunftsländern) und des Grenzverfahrens würden die Schutzsuchenden als „nicht eingereist“ gelten und quasi inhaftiert – sie hätten in den Massenlagern kaum Möglichkeiten, Rechtsmittel einzulegen oder Zugang zu Anwälten zu erhalten. Effektiver Rechtsschutz werde für die Schutzsuchenden nicht möglich sein, die Würdigung des Einzelfalls bleibe

auf der Strecke. Es gehe darum, möglichst viele Menschen an der Grenze sofort zurückzuschicken. Der Pakt drohe somit, den Rechtsstaat an den Außengrenzen außer Kraft zu setzen.

Deutsche Welle: EU-Kommission schlägt neuen „Migrations-Pakt“ vor (23.09.2020)

Spiegel: Europäische Migrationspolitik. Unrecht statt Asylrecht (23.09.2020)

PRO ASYL: Teuflicher Pakt der Entrechtung – Erste Reaktion von PRO ASYL zum New Pact on Migration and Asylum (23.09.2020)

PRO ASYL: aktion.proasyl.de

Termine

Oer-Erkenschwick, 09.10. – 11.10.2020: IDA-NRW: „Werkstatt-Treffen: Let’s connect – Antisemitismus- und Rassismuskritik zusammendenken!“ Salvador-Allende-Haus, Haardgrenzweg 77, 45739 Oer-Erkenschwick. Weitere Informationen auf [IDA-NRW](#).

Dortmund, 12.10.2020: Auslands-gesellschaft.de: „Der Eremit: Stille und Unruhe eines Rom. Lesung und Gespräch mit Ruždija Sejdović“. Steinstr. 48, 44147 Dortmund. Weitere Informationen auf www.facebook.com/events

Online-Austausch, 13.10.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Engagement für Gesundheit“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Köln, 13.10.2020: „Vernetzungstreffen im Rahmen des Projekts Queere Geflüchtete Jugendliche“. Projektforum im Schwulen Netzwerk NRW, Lindenstraße 20, 50674 Köln. Weitere Informationen auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online, 16.10.2020: Bundesstiftung Magnus Hirschfeld: „Politische Prozesse in Deutschland verstehen“. 16:00 - 19:00 Uhr. Weitere Informationen auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Bochum, 17.10.2020: Bundjugend NRW: „PERSP:ACTIVE Exchange“. 09:00 - 21:00 Uhr. Bahnhof Langendreer; Wallbaumweg 108; 44894 Bochum. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Bundjugend](#).

Online-Schulung, 20.10.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Konstrukt „sichere Herkunftsstaaten“ – Hintergründe und Auswirkungen auf Betroffene“. 17:00 – 19:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Dinslaken, 20.10.2020: Evangelischer Kirchenkreis Dinslaken, Eine Welt Gruppe Dinslaken & Förderverein Kultur und Evangelische Kirche in Dinslaken: „EU-Flüchtlingspolitik: Unterlassene Hilfeleistung“. Ab 19:00 Uhr, St. Vincentiuskirche, Altmarkt, 46535 Dinslaken. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Eine Welt Gruppe Dinslaken](#).

Online-Austausch, 22.10.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Passbeschaffung und Identitätsklärung“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Bochum, 22.10.2020: Institut für Kirche und Gesellschaft – Evangelische Kirche von Westfalen: „Gestärkt in den Arbeitsmarkt – Workshopreihe für geflüchtete Frauen“. 10:00 – 15:00 Uhr, Kinder- und Jugendzentrum Falkenheim Akademiestraße, Akademiestraße 69, 44789 Bochum. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Kirche und Gesellschaft](#).

Essen, 22. & 23.10.2020: Die Akademie der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.: „Arbeit mit Frauen mit Fluchterfahrung – Mit schwierigen Situationen umgehen: Störungen und Konflikte im Beratungskontext“. Jeweils 10:00 – 17:00 Uhr, Beginenhof, Goethestraße 63 – 65, 45130 Essen. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.](#)

Online, 23.10.2020: Bundesstiftung Magnus Hirschfeld: „**Organisierung und Vernetzung**“. 16:00 - 19:00 Uhr. Weitere Informationen auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Austausch, 26.10.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Strukturen ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Austausch, 27.10.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Schulung, 28.10.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Rechtliche Rahmenbedingungen des Zugangs von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt“. 17:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Essen, 29.10.2020: Die Akademie der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.: „Genderbased Violence – Geschlechtsspezifische Gewalt an Frauen im Fluchtprozess“ – Workshop für Multiplikator*innen. 10:00 – 17:00 Uhr, Beginenhof, Goethestraße 63 – 65, 45130 Essen. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.](#)

Webinar, 29.10.2020: Solibund e.V & samo.fa Köln: Webinar-Reihe „Rassismus & Diskriminierung“: „Institutioneller Rassismus“. 17:00 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Willkommenskultur Köln](#).

Bochum, 29.10.2020: Institut für Kirche und Gesellschaft – Evangelische Kirche von Westfalen: „Gestärkt in den Arbeitsmarkt – Workshopreihe für geflüchtete Frauen“. 10:00 – 15:00 Uhr, Kinder- und Jugendzentrum Falkenheim Akademiestraße, Akademiestraße 69, 44789 Bochum. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Kirche und Gesellschaft](#).

Online-Schulung, 30.10.2020: Flüchtlingsrat NRW: „Basisseminar Asylrecht“. 17:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online, 30.10.2020: Bundesstiftung Magnus Hirschfeld: „Social Media strategisch nutzen“. 16:00 - 19:00 Uhr. Weitere Informationen auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Dortmund, 03.11.2020: Fachstelle Queere Jugend NRW u.a.: „Fachtag „Trans* Kinder und Jugendliche in (teil)stationären Hilfen“. 10:00 - 18:30 Uhr. Dietrich-Keuning-Haus, Leopoldstr. 50-5844147 Dortmund (alternativ online). Weitere Informationen auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online, 18.11.2020: Fachstelle Gender & Diversität NRW: „LSBTIQ*-Geflüchtete beraten und begleiten“.
14:00 - 15:30 Uhr. Weitere Informationen auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

www.fnrw.de

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum